

Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Burgenländischen Landtages
der XVIII. Gesetzgebungsperiode

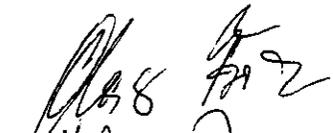
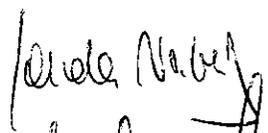
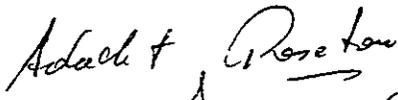
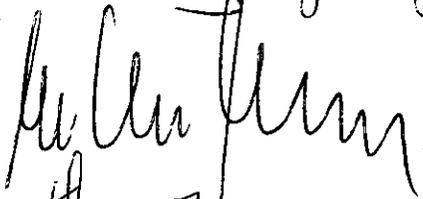
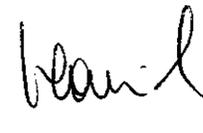
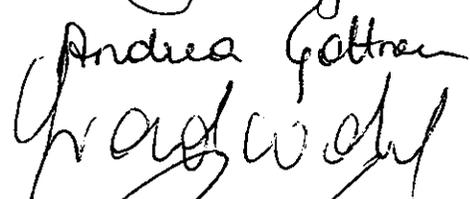
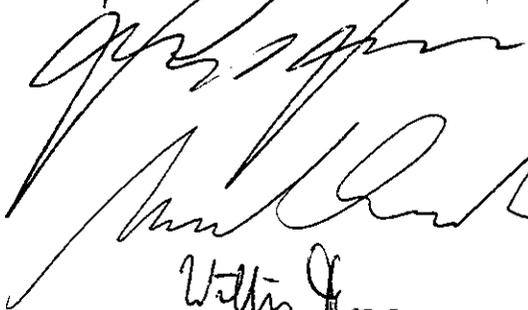
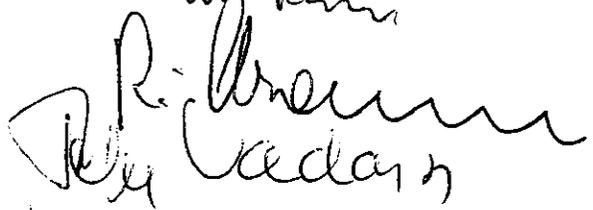
Initiativantrag
Zahl 18 - 153

Beilage 228

Antrag

der Landtagsabgeordneten Mag. Norbert Darabos, Franz Glaser, Dr. Stefan Salzl, Mag. Margarethe Krojer und KollegInnen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert wird

Der Landtag wolle beschließen:

		
Helene Brunner	Glaser	Stefan Salzl
		
Norbert Darabos	Margarethe Krojer	Andrea Göttsche
		
Franz Glaser	Helene Brunner	Margarethe Krojer
		
Dr. Stefan Salzl	Helene Brunner	Andrea Göttsche
		
Margarethe Krojer	Franz Glaser	Helene Brunner

Gesetz vom, mit dem das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (2. Novelle zum Landes-Gleichbehandlungsgesetz)

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel 1

Das Landes-Gleichbehandlungsgesetz, LGBl.Nr. 59/1997, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl.Nr. 70/2000, wird wie folgt geändert:

Im § 33 Abs. 5 wird das Wort „Landeskontrollamtes“ durch das Wort „Landes-Rechnungshofs“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit in Kraft.

Vorblatt

1. Problem:

In einem vorliegenden Entwurf einer Änderung des L-VG sowie einem Entwurf eines Gesetzes über den Burgenländischen Landes-Rechnungshof werden hinsichtlich des Landes-Rechnungshofs Regelungen getroffen, die eine gleichzeitige Änderung einer Bestimmung des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes bedingen.

2. Ziel:

Durchführung dieser Änderung.

3. Lösung:

Entsprechende Novellierung des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes.

4. Alternativen:

Keine.

5. Kosten:

Mit der Anwendung des vorliegenden Gesetzesentwurfs werden weder dem Land noch dem Bund noch den Gemeinden Mehrkosten entstehen.

6. EU-(EWR-)Konformität:

Gegeben.

Erläuterungen

Ein vorliegender Entwurf einer Änderung des L-VG und ein Entwurf eines darauf beruhenden ausführenden Landesgesetzes über den Burgenländischen Landes-Rechnungshof enthalten Regelungen über Aufgaben, Verfahren und Organisation eines einzurichtenden Burgenländischen Landes-Rechnungshofs.

§ 33 Abs. 5 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes, LGBl.Nr. 59/1997, idgF, der die Funktionen im Sinne des 4. Hauptstücks dieses Gesetzes auflistet, nennt auch den Direktor bzw. die Direktorin des Landeskontrollamts. Da das Landeskontrollamt durch die genannten (verfassungs)gesetzlichen Neuregelungen durch den Landes-Rechnungshof abgelöst wird, ist es erforderlich, begleitend diese Bezugnahme auf den Direktor bzw. die Direktorin des Landes-Rechnungshofs lautend zu ändern.